

Presseinformation

21. Mai 2014

Michelin-Erweiterung und Bürgergraben:

Vorfahrt für Natur und Lebensqualität!

„Beispiellosen Naturfrevel“ verhindern!

Deutlich kritisch reagiert der BUND Südpfalz auf Bebauungsvorhaben auf Landauer und evtl. Bornheimer Gemarkung. Es geht um die Inanspruchnahme von ca. 10 Hektar Fläche für die Erweiterung des Logistikstandortes der MICHELIN Reifenwerke und um den Bebauungsplan C 33 „Am Bürgergraben“.

Alle drei zur Diskussion angebotenen Flächenalternativen für Michelin haben erst vor wenigen Jahren von der Europäischen Union als Natura 2000-Schutzgebiete (FFH- und Vogelschutzgebiete) wegen ihres ökologischen Reichtums einen hohen Schutzstatus erhalten. Es kann nicht sein, dass gesetzliche Regelungen dieses Ranges bei der nächsten sich bietenden Gelegenheit wieder annulliert werden dürfen. Es hat wohl schon vernünftige Gründe, dass diese - nun plötzlich in den Focus wirtschaftlicher Verwertungsinteressen geratenen - riesigen Flächen weder im **Regionalen Raumordnungsplan** noch im **Flächennutzungsplan** für dieses gigantischen Versiegelungsvorhaben abgesichert sind. Der BUND sieht ganz erhebliche Folgen für Natur, Landschaft und Grundwasserverhältnisse im östlichen Vorland der Stadt Landau.

Die regionalen Umweltverbände sind daher der Ansicht, dass das Projekt keine Aussicht auf Verwirklichung haben kann. **Mit einer Klage muss gerechnet werden.** Auf den in der Region „beispiellosen Naturfrevel“ sollte daher von Anfang an verzichtet werden.

BUND-Vorstandsmitglied Dipl. Ing. Rüdiger Maul schreibt in seiner Stellungnahme zum Scoping-Termin am 14. Mai: „... Wir können uns vorstellen, dass die Erweiterungen auf den bestehenden Flächen in einer 2. Ebene stattfinden“. Diese Forderung, in die Höhe statt in die Breite zu erweitern, wurde übrigens vom BUND Südpfalz schon 1989 bei einem Hearing der Stadt Landau anlässlich der beabsichtigten Erschließung neuer Gewerbeflächen erhoben.

Im Übrigen leiden schon jetzt die benachbarten Wohngebiete unter einem hohen LKW-Aufkommen. Deshalb verlangt der BUND für den Fall einer Erweiterung auf einer zweiten Ebene die **Nutzung des bestehenden Schienennetzes.**

Für den „Bürgergraben“, bei dem es sich um eine ehemalige Bauschuttdeponie handelt, empfiehlt der BUND – nach Abschluss der grotesken Vorgeschichte mit den ehemaligen Bewohnern – auf dem sanierten Boden eine **Waldfläche** anzulegen. Damit entstünde durch Einbeziehung in den umliegenden Naturraum des Fort ein kleines Naherholungsgebiet für die Landauer Bevölkerung. Dies wäre auch ein Stück Kompensation für die Verluste an Natur durch die ständige Ausweitung der Universität Lanau. Der BUND hatte bereits in den späten 80-er Jahren vor dieser schleichenden Zersiedlung der Fort-Anlagen gewarnt.

Ulrich Mohr für BUND Südpfalz